



September 1999

Solidaritätspreis: öS 20.-

**Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International****öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 96



# Wähl den Widerstand!



**300.000 Arbeitslose, 1 Million, die an oder unter der Armutsgrenze leben, alleinerziehende Mütter, Jugendliche, ImmigrantInnen - obwohl Wahlkampf ist, haben viele in Wirklichkeit keine Wahl - keine Wahl aufgrund sozialer Not und politischer Rechtlosigkeit. Darum kümmern sich weder Regierung noch Opposition...**

**Katja Arthofer  
SOV Wien-West**

SPÖ oder ÖVP: eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Die einen plakatieren den „richtigen Weg“ die anderen den „besseren“. Der Politik der letzten Jahre folgend kann das in beiden Fällen nur eines bedeuten: ein Festschreiben und Ausweiten von Sozialabbau, von Arbeitslosigkeit, die sich vielleicht kurzfristig stabilisiert aber das auf einem „Rekord“ niveau. Von Flexibilisierung und Deregulierung im Arbeitsbereich bei Nullohnrunden und Niedriglöhnen.

**FPÖ: Frau zurück an den Herd**

An der Spitze der Unternehmerpartei FPÖ steht passenderweise der Unternehmer Prinzhorn. Außerdem versteckt die FPÖ hat ihren Sozialabbau hinter geschmacklosen Kinderbetreuungsscheckplakaten: Im Ab-

**Pest oder Cholera**

Dariüber hinaus treten zwei Parteien an die direkt von großen Geldgebern und der Präsenz in den bürgerlichen Medien abhängig sind: LIF und Lugners DU. Beide sind dementsprechend kleine Parteien, die für eine Politik im Interesse des großen Kapitals stehen, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Akzenten.

Fazit eins: Die bestehenden Parteien haben uns nichts anzubieten - die KPÖ ist gegenüber diesem Angebot tatsächlich für uns das kleinste Übel. Daß die Unzufriedenheit wächst, wird auch die Wahlbeteiligung zeigen: Schon im August wissen 12 Prozent genau, daß sie sicher nicht zur Wahl gehen werden und Umfragen prognostizieren ohnehin die niedrigste Beteiligung am Urnengang seit Jahrzehnten.

**Einzige Alternative:  
Wir müssen selbst aktiv werden!**

Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu, die soziale Situation verschärft sich weiter und keine Partei tut auch nur ansatzweise etwas dage-

gen. Deshalb Fazit zwei: Wir müssen selber für unsere Zukunft aktiv werden! Denn das ist tatsächlich die einzige Wahl, die wir haben. Es ist notwendig, Forderungen zu stellen, die die Ursachen der sozialen Situation wirklich bekämpfen: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn statt Deregulierung und Pseudokonzepte gegen Arbeitslosigkeit, wie dem NAP (Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung der Regierung).

Gratis Kinderbetreuungseinrichtung flächendeckend in ganz Österreich statt Mutterprämien oder Konzepten, die die Frau heim zu Mann und Herd schicken wollen.

Es ist notwendig, eine neue Partei aufzubauen! Eine Partei, die die Interessen von ArbeiternInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen und PensionistenInnen wirklich vertreibt.

Doch solch eine Partei wird nicht von selbst entstehen: die SOV beteiligt sich aktiv am Aufbau daran: mit einer Kampagne für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Aktionen gegen die FPÖ (nähere Infos unter 01-524 63 10), einem Frauenstammtisch und der Arbeit in

JRE - Jugend gegen Rassismus in Europa.

Auf die Qual mit der Wahl haben wir eine Antwort: Mach mit!  
**Wähl den aktiven Widerstand!**

**aus dem Inhalt:**

**Seite 2  
Wen wählen?**

**Seite 3  
OMV**

**Seite 4 + 5  
Osteuropa:  
Zehn Jahre danach**

**Seite 6  
Star Wars - Episode I**

**Seite 7  
PKK-Kurdistan**

**Seite 8  
Nein zum Nachzipf**

**Der Standpunkt**

**Stronach: Kein Thema für die Politik?**

Frank Stronach ist kein „Wahlkampfthema“, obwohl es kaum eine andere derart hitzig geführte Diskussion in diesem Sommer gab und seitenslange Leberbriefkriege in den österreichischen Medien geführt wurden. Im Grunde stehen Fragen wie die Zukunft der österreichischen Gewerkschaften zur Diskussion. Trotzdem hat sich keine der im Parlament vertretenen Parteien bis jetzt besonders aus dem Fenster gelehnt. Oder gar Herrn Stronachs Angriff auf 100 Jahre Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung den Kampf angesetzt. Knieweiche Apelle der Grünen, das „bewährte System“ der Sozialpartnerschaft doch nicht aufzukündigen waren das „höchste“ der Gefühle. Offensive Schützenhilfe erhielt Stronach von Haider und die steirische Landeshauptfrau Klasnic kann Stronachs „Vertrauensleutesystem“ einiges abgewinnen. Eine unheilvolle Allianz gegen ArbeitnehmerInnenrechte braut sich zusammen. Der eigentlich Skandal ist allerdings die Rolle der SPÖ-Spitze in diesem Konflikt, die sich nobel bedeckt gibt, aber im Grunde diese Suppe eingebrockt hat. Defacto war Stronach „ihr Mann“, dem Subventionen zugeschwenkt und Spitzenfunktionäre - z.B. Ex-Kanzler Vranitzky - mit dicken Gehältern in die Führungsetagen gesetzt wurden. Blöd auch, daß sich der wilde Frank jetzt wenig um das SPÖ-Image schert. Und dem ÖGB einen Riesenkonflikt aufzwängt, indem er - wie immer mehr Unternehmer das wollen - Gewerkschaften nicht einmal mehr als „Verkäufer“ von schlechten Lohn und Gehaltsabschlüssen einbinden will.



von John Evers

**Nagelprobe für den ÖGB**

Metallerchef Nürnberger gab bekannt, daß es im Zuge der gesamten Auseinandersetzung zu einer Rekordzahl an Neubitteiten zur Gewerkschaft gekommen ist. Diese Feststellung ist bemerkenswert. Seit Jahren kämpft der ÖGB mit allerlei statistischen Tricks, teuren Seminaren und Werbeprämiern gegen die sinkenden Mitgliederzahlen. Plötzlich - im Zuge eines Arbeitskampfes - kommen die Mitglieder von selbst. Ihr Motiv: Offensichtlich Solidarität und die Erkenntnis, daß es notwendig ist sich gegen Leute wie Stroh zu organisieren.

Die „Spindoktoren“ in den Gewerkschaftszentralen taten gut daran, zukünftige Werbekampagnen für den ÖGB anhand einer genauen Fallstudie dieser Auseinandersetzung zu konzipieren. Doch die Reaktion der Gewerkschaftsführung auf Stronachs Provokationen, läßt hier nicht Gutes erwarten: Statt Streiks und Demonstrationen (z.B. auch gegen jene Unternehmer, Politiker... die sich mit Stronach solidarisierten), gab es Gipfelgespräche hinter verschlossenen Türen. Das Selbstverständliche - nämlich, daß man die von Stronach hinausgeworfene Kollegin vor Gericht vertritt und den Magna-Böß wegen seiner Verleumdungen klagt - wird als die äußerste Form des Widerstands hingestellt. Nicht einmal aus den Gremien die Subventionen vergeben und in denen der ÖGB vertreten ist, war bis jetzt etwas zu vernehmen. Bleibt zu hoffen, daß sich die neu eingetretene KollegInnen nicht bald fragen warum sie diesen Schritt eigentlich gesetzt haben...

**Die Qual der Wahl oder die Wahl der Qual(en)?**

## Links wählen ist nicht genug!

**Alternativlosigkeit ist auch bei der kommenden Nationalratswahl DAS Thema: Der Anteil der Unentschlossenen liegt noch bei einem Drittel und dem Trend der EU-Wahl folgend wird die Anzahl der NichtwählerInnen wahrscheinlich steigen. Für immer mehr Menschen wird offensichtlich deutlich, daß der Wahlkampfkürzus der Parlamentsparteien wenig mit ihrem realen Leben und ihren Problemen zu tun hat. Viele Menschen sehen diese Fragen ohnehin von einem anderen Blickwinkel: Sie sind - wie MigrantInnen und Jugendliche - vom Wahlrecht ausgeschlossen.**

**Ali Kropf  
SOV Wien-Süd**

Vier Jahre sind seit den letzten Nationalratswahlen vergangen, Zeit Bilanz zu ziehen: Der Wechsel von Vranitzky wurde von einigen SPÖ-AnhängerInnen mit Hoffnungen verbunden. Es sollte „wärmer werden“, sowohl in der SPÖ, wie auch in der Regierungspolitik. Real wurde die Sozialabbau-Politik fortgesetzt, bestehende Trends bestätigt und verschärft: Die Integration in die NATO wurde durch die Unterzeichnung verschiedener Abkommen vertieft,

unter Innenminister Schlögl kommt es zu Menschenrechtsskandalen und die SPÖ wurde weiter „modernisiert“. So relativ sonnig die Umfrage für die SPÖ auf der Bundesebene und die angebliche Akzeptanz der großen Koalition auch scheinen: Tatsächlich nimmt die Instabilität des politischen Systems zu. Bei den Wahlen in den Bundesländern setzte es eine Niederlage nach der anderen. Nachdem 1996 die absolute Mehrheit der Wiener SPÖ wie ein Kartentaus zusammeklappte, kam das Desaster in Kärnten. Haider wurde, nur wenige Monate noch dem Rosenstiel-Skandal, Landeshauptmann. Die Freiheitlichen feierten nicht nur den größten Sieg in ihrer Geschichte, sondern auch ihre end-

**Spitalsskandal**

## Das System ist krank!

**Seit vor ein paar Jahren Lainzer Pflegepersonal einigen todkranken PatientInnen die letzte Entscheidung „abgenommen“ hat, ist die Kette größerer und kleinerer Skandale in Spitälern und Pflegeheimen nicht abgerissen.**

**Ken Horvath,  
SOV Wien-Süd**

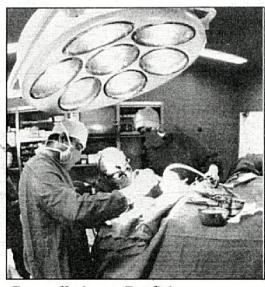
In Wiener HDB (Pflegeheim) wurden die Schwerbehinderte mutmaßlich mißbraucht, in Klagenfurt wird der gesunde anstelle des kranken Hodens entfernt, nachdem Wochen davon einem Mann im Wiener AKH gleich beide Hoden abgenommen worden waren (beide gesund). Und jetzt Freistadt, Linz und Wels - die Debatten werden hitziger. Inhaltlich werden die Diskussionen klar in eine Richtung gelenkt: Die jüngsten Skandale seien unglückliche Einzelfälle; In Freistadt sei es die Schuld zweier zerstrittener und schlampiger Ärzte, das LKH Freistadt sei außerdem schlecht geleitet, ein Skandalspital hält. Um sicherzugehen, wird dem Spital vom Gesundheitslandesrat Aichinger (halb)offiziell Schweigen befohlen, und der Öffentlichkeit wird versichert: „Freistadt ist nicht Österreich“.

Doch die Mängel im Gesundheitswesen sind zu offensichtlich, als daß sie totgeschwiegen werden könnten: Die Überlastung von Pflegepersonal und MedizinerInnen ist allseits bekannt, über 100 Wochenstunden sind keine Seltenheit. Und das, obwohl schon seit einiger Zeit die 72-Stunden Höchstgrenze gilt. Gerade Turnusärzte sind oft völlig überfordert, haben durchaus mal 150 Betten zu versorgen. Mangel an fertigen MedizinstudentInnen gäbe es ja keinen - bezahlt will sie aber niemand. Wo Spitäler wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden, gilt die ver-

meintliche Logik der Gewinnmaximierung. Und das hat, wenn auch nicht immer fatale, so doch spürbare, qualitative Folgen.

**Lösungskonzepte?**

Wirtschaftsliberale Kommentatoren fordern wieder „den Markt“:



Gesundheit vor Profit!

Sobald Gesundheit zum Geschäft wird, verschärfen sich Arbeitsbedingungen und soziale Gegensätze, sinkt die Qualität. Medizinisches Personal und PatientInnen haben in diesem Sinne die selben Interessen: Gute Betreuung kann es nur geben, wo es keine permanente Überarbeitung, keinen Arbeitsdruck und keine Existenzängste gibt.

In Folge von Freistadt wurden jetzt Maßnahmen wie die Einrichtung eines Patientenfürsprechers und die Schaffung klarer Verantwortungen (zur Zeit ist die Leitung eines Krankenhauses zugleich Kontrollinstanz) gefordert. Diese Schritte würden sicher in die richtige Richtung gehen, sind aber bei weitem nicht genug.

**Die SOV fordert:**

• Entlastung von ÄrztInnen und Pflegepersonal durch Aufstockung des Personalstands, kürzere Arbeitszeiten sowie entsprechende Bezahlung und Ausbildung der JungärztInnen, um die beste Betreuung aller PatientInnen zu garantieren und Streßsituationen zu vermeiden!

• Abschaffung des Arztes als Freiberuf! ÄrztInnen müssen im Dienst des Gesundheitswesens stehen. Sie sollen deshalb weder Existenzängste haben müssen (wie JungärztInnen) noch die Möglichkeit haben, aus „Krankheit“ ein Milliengeschäft zu machen. Stattdessen soll das Gesundheitspersonal im staatlichen und kommunalen Gesundheitswesen angestellt sein!

• Gesundheit darf kein Privileg sein! Freien und kostenlosen Zugang zum Gesundheitswesen - keine Rezeptgebühren und Selbstbehalte, keine Gebühren für Behandlungen und Medikamente!

Spitäler müßten sich den gleichen Herausforderungen stellen, „wie sie Industrie und Wirtschaft z.T. schon bewältigt haben“ (profil). Daß in Britannien die Dialyse für über 70-jährige in Frage gestellt wird, daß in den USA Rettungsorganisationen am Unfallort manchmal handgreiflich um das Unfallopfer kämpfen, um den „Auftrag“ zu ergattern und sich ein Drittel der US-Bevölkerung eine medizinische Versorgung nicht mehr leisten kann, ist die Kehrseite der Medaille, die von den Verfechtern des „freien Marktes“ gern verschwiegen wird. Leidtragend ist der arme Teil der Bevölkerung.

gültige Akzeptanz als „politischer Partner“ durch die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP.

Kaum jemand weiß um was es bei diesen Wahlen eigentlich geht: Um eine Richtungsentscheidung, um eine Protestwahl, ... Offensichtlich ist, daß diese Regierungskoalition inzwischen völlig verbraucht ist und besser heute als morgen entsorgt gehört. Doch weder die Regierungsparteien, noch die Opposition sind in der Lage eine Alternative zu formulieren. Selbst Haider spricht nur sehr schaumgebremst von seinen Bundeskanzlerplänen. Wie sehen die einzelnen „Angebote“ - jenseits von ÖVP, FPÖ, LIF und Lugner - aus?

Die SPÖ von heute hat nichts mehr mit der Sozialdemokratie der 70er Jahre zu tun: Sie ist hauptverantwortlich für Sparpakete und Privatisierungen. Sie ist keine Alternative zur FPÖ, weil ihre Politik Haider groß gemacht hat und sich inzwischen in vielen Punkten auch nur mehr graduell von FPÖ-Konzepten unterscheidet. Die SPÖ geworden ist eine Partei des Kapitals und wird von einem Großteil ihrer (ehemali-

gen) AnhängerInnen auch als solche gesehen, erlebt und empfunden.

Die Grünen haben auch schon vor Jahren die „neue Mitte“ entdeckt und suchen dort nach neuen WählerInnen. Sie punkten damit in den bürgerlichen Bezirken - auf die



Rote Paradeiser statt roter Politik?

Thema mehr, grüne Regierungsbeiteiligung das langfristige Ziel.

Bleibt als kleinstes Übel - im wahrsten Sinne des Wortes - die KPÖ. KPÖ wählen ist sicher nach wie vor eine Form für linken Protest. Vor allem das skandalöse Auftreten ihres Wiener Spitzenkandidaten Zenker („meinen Ferrari habe ich mir selbst erarbeitet“) zeigt aber, daß die KPÖ darüber hinaus keine Alternative ist. Seit Jahren nimmt die kommunistische Partei mit dem „Argument“, daß jede Kandidatur links neben der KPÖ nur zu einer Spaltung der ohnedies schwachen Linken beitragen würde, in Geiselhaft. Gleichzeitig hat sie bei den heutigen Wahlen linke Wahlbündnisse verunmöglich. Für viele links aktive Menschen fällt es deshalb nicht leicht, die KPÖ zu wählen. Der ganzen Bewegung werden so Kandidaten wie Zenker aufgezwungen. Die SOV kämpft demgegenüber unter dem Motto „Wählt den aktiven Widerstand“ für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei als echte Alternative zu Sozialabbau und Rechtsruck.

Wiener Traditionsbetrieb in Gefahr

# GEBE vor dem Aus?

**Der Wiener Traditionsbetrieb GEBE und die dort noch vorhandenen Arbeitsplätze sind in Gefahr. Bis jetzt scheint es, daß es wieder von Seiten der Politik, noch von den Gewerkschaften große Schritte zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Produktion geben wird. Deshalb wird es umso wichtiger „Druck von unten“ zu erzeugen und gegen eine Schließung zu mobilisieren.**

Franz Breier  
SOV Wien-Mitte

Nachdem GEBE, Hersteller von Gasherden und Heizungen, nach 1945 durch Großaufträge der Gemeinde Wien florierte, ging es seit den 80ern bergab: GEBE konnte mit den Billigstanbieter nicht mehr mithalten und mußte 1988 den Ausgleich annehmen. Von einem gewissen Dr. Huber aufgekauft und in die Montfort-Beteiligungs-GmbH eingegliedert, häufen sich nun Anzeichen einer Produktionsverlagerung nach Osteuropa. Stellen werden nicht mehr nachbesetzt, Maschinen nicht mehr nachgewartet und erneuert. Lediglich Name und Vertrieb sollen in Wien verbleiben. Die überwiegende Mehrzahl wird ihre Arbeit verlieren. Für diese Unternehmenspolitik

gibt es eine Reihe von Beispielen, wie Semperit und jüngst Waagner-Biro. Auch bei ihnen haben sich Politiker und Gewerkschaften nur darf auf beschränkt bestensfalls eine Pro-

tigung“ – kurz NAP – erweist sich dabei einmal mehr als Alibiaktion. Dazu kommt dann noch, daß gerade „Wahlkampfzeit“ ist. Kanzler Klima läßt sich landauf landab als „Kämpfer gegen die Arbeitslosigkeit“ feiern und da paßt eben ein „Negativbeispiel“ wie GEBE nicht ins Konzept seiner Wahlkampfstrategien. Die Politik der Gewerkschaftsführung beschränkt sich nur noch auf das („rechtzeitige“) Verhandeln eines

die nächsten sein!

Öffentliche Aktionen und eine große Kundgebung sollten von der Gewerkschaft organisiert, sowie weitere Maßnahmen vorbereitet werden. In den bisherigen Fällen (wie Semperit, Waagner Biro, Bären-Baterten) setzen Gewerkschaften und Betriebsräte nur auf Verhandlungen mit Unternehmern und Management. Diese Politik federle im besten Fall die ärgsten Auswirkungen von Mas-

Während die hohe Politik Milliarden-Subventionen (aus unseren Steuergeldern!) an Unternehmen zahlt, wird bei ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen „eingespart“. Unter dem Namen „Flexibilisierung“ jagt eine Verschlechterung in der Arbeitswelt die nächste. Und die Drohung von Unternehmen, den Standort z.B. in den Osten zu verlegen wird als Erschöpfung verwendete. Deshalb müssen wir eine kämpferische und internationalistische Bewegung von unten aufbauen. Die Situation verlangt auch von den Gewerkschaften eine Neuorientierung. Der ÖGB muß einen radikalen Kurswechsel machen: Weg von der Unterstützung der Regierungspolitik, hin zur aktiven Verteidigung und Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen. Der Kampf um den Erhalt von GEBE in Wien könnte hier einen Anfang machen. Unsere Aktionen zur „Rettung“ von GEBE sollen im Kleinen zeigen, was im Großen möglich wäre, wenn genug Druck von unten erzeugt werden würde.



testkundgebung zu organisieren. Genutzt hat das aber da wie dort wenig.

#### Was dagegen tun?

Weder Regierung noch „Opposition“ haben für die Beschäftigten und Arbeitslosen etwas zu bieten. Der von den Gewerkschaften bejubelte „Nationale Aktionsplan für Beschäf-

igung“ für die Gekündigten. Dabei müßten sie vielmehr gemeinsam mit den direkt wie indirekt betroffenen Kolleginnen aktiv werden und gegebenenfalls auch nicht vor Kampfmaßnahmen zurücktrecken. In einer solchen Kampagne ist auch die Solidarität anderer ArbeitnehmerInnen gefordert. Und das nicht umsonst, denn sie könnten

senkündigungen oder völliger Schließung ab, rettete aber keine Arbeitsplätze!

#### GEBE ist kein Einzelfall!

Betriebschließungen und Arbeitsplatzabbau, Massenarbeitslosigkeit sowie Sozialabbau müssen im Zusammenhang miteinander sehen.

#### Interview zur Jugendarbeitslosigkeit

OMV

## Nein zur Ausgliederung

**Der österreichische Erdgasmarkt soll entsprechend einer EU-Richtlinie ab 10. August des nächsten Jahres vollständig liberalisiert werden. Großabnehmer können sich dann den Lieferanten aussuchen, der ihnen den besten Preis macht. Das OMV-Management will deswegen den Gasbereich aus der OMV ausgliedern, damit die eigenständige Gesellschaft mit einem ausländischen Rivalen zusammengehen kann.**

David Mum  
SOV Wien-West

Das lehnen Betriebsrat und Belegschaft ab. Da der Gasbereich bis jetzt die stabile Einkommensquelle der OMV war, fürchtet die Belegschaft um den Fortbestand ihrer Arbeitsplätze. Denn im letzten Jahr gab es gerade im Bereich der Raffinerie und des Marketings Einbrüche.

Um Druck auf den Vorstand auszuüben, fand am 5. August eine Betriebsversammlung statt, an der fast 3.000 Beschäftigte teilgenommen haben. Diese hat beschlossen, daß das Gasgeschäft nicht ausgliedert werden darf, daß der Fortbestand einer voll integrierten OMV gesichert sein muß und es keine Entscheidung auf dem Rücken der Mitarbeiter geben darf. „Andernfalls wären wir gezwungen, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um unseren berechtigten Anliegen Nachdruck zu verleihen.“

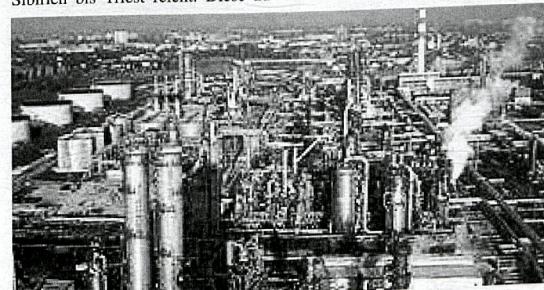
Eine Ausgliederung hat klare Gewinner und Verlierer. Die Eigentümer können auf dem Rücken der Belegschaft sanieren, denn die ausgliedernden ArbeitnehmerInnen könnten ihre Kollektivvertrags-Zugehörigkeit, die Pensionszusagen sowie die Rechte aus dem Betriebsvereinbarungen der OMV verlieren.

Die Eigentümer können hingegen mit einem Verkauf viel Geld verdienen, das sie in Form von hohen Dividenden einstecken. Mittelfristig gefährdet das den Fortbestand des Un-

ternehmens und der 3.400 Arbeitsplätze. Hinter der Ausgliederung steckt auch die Verfügung über die begehrte OMV-Pipeline, die von Sibirien bis Triest reicht. Diese zu

Handshake“ verabschiedet. Das Management reagiert anscheinend auf alle Probleme mit Personalabbau. Der Personalstand wurde von 8.798 1980 auf ganze 3.550 in 1999 mehr als halbiert.

Während beim Personal seit Jahren gespart wird, wird den Aktionären das Geld förmlich nachgeschmissen. Trotz eines Rückgangs des Betriebserfolges von 5,76 Mrd. S. 1997 auf 3,03 Mrd. S. 1998 wurde die Dividende von 26% auf 31% erhöht.



OMV: Immer weniger Beschäftigte

kontrollieren ließen sich viele Konzerne gerne einiges kosten.

#### Personalabbau

Die „Share-holder value“ - Ideologie hat schon bisher bei der OMV voll zugeschlagen. Diese Orientierung der Unternehmenspolitik an den Aktionärsinteressen zeigte sich ja schon im Personalabbau der letzten Jahre. Die Belastung hat sich für die MitarbeiterInnen extrem erhöht. Teilweise werden sie genötigt, sich am Abend abzumelden, um dann wieder ins Büro zu gehen. Es wurden die heuer wieder 142 MitarbeiterInnen per sogenannten „Golden-

Die Ankündigung, sich der Ausgliederung zur Wehr zu setzen, wird im Herbst, wenn die Zukunft des Gasbereichs entschieden wird, auf die Bewährungsprobe gestellt. Da können sich dann auch die Ex-OMVler in der Regierung zu Wort melden, denn die OMV gehört noch immer zu 35% dem Staat.

Es ist zu hoffen, daß den kämpferischen Tönen Taten folgen, denn ein Widerstand gegen die arbeitnehmerInnenfeindliche Unternehmenspolitik ist in Österreich schon überfällig und wäre ein positives Signal an andere Belegschaften, denen die Eigentümer zu Leibe rücken.

## No future?

**Seit einigen Jahren stehlen sich Unternehmer immer stärker aus ihrer Verantwortung der Lehrtagsausbildung davor. Daraus ergibt sich die skurile Situation, daß die Wirtschaft regelmäßig über mangelnd ausgebildete Facharbeiter klagt aber immer weniger Lehrlinge ausbildet. Das Ergebnis davon ist einerseits steigende Jugendarbeitslosigkeit und andererseits, daß sich die Unternehmer die Ausbildungstätigkeit von der öffentlichen Hand zahlen lassen.**

So erklärte Klima auch das Thema Jugendarbeitslosigkeit in letzter Zeit zur „Chefsache“ und läßt keine peinliche Gelegenheit aus, bei Unternehmen um Lehrplätze zu betteln. Jetzt sprühen Kurse und andere „Aufangnetze“ aus dem Boden für all jene die trotzdem keine Lehre finden. Das Konzept, das dahinter steht ist aber nicht der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, sondern gegen die Arbeitslosenstatistik. So kann sich Klima im Wahlkampf damit schmücken, daß Österreich angeblich Europas niedrigste Jugendarbeitslosigkeit hat.

Um die tatsächliche Situation von Lehrlingen aufzuzeigen haben wir folgendes Interview geführt (der Name von der Redaktion geändert).

**Vorwärts: Du hast konkrete Erfahrungen aus Deiner Lehrzeit - was sind die Eckpunkte:**

**Roland:** Ich habe eine Lehre als Bäcker begonnen, weil ich aufgrund meines schlechten Zeugnisses keine andere Stelle gefunden habe. Die Realität war dann ziemlich bitter: 10 unbezahlte Überstunden die Woche. Und die Arbeitszeiten: Offizieller Beginn war 4 Uhr morgens, aber trotzdem mußte ich meistens schon um 2 oder 3 in der Arbeit sein und dann das Übliche, daß man nur Scheißarbeit machen muß.

Dazu bin ich dann noch die ganze Zeit beschimpft worden. Einmal bin ich ausgerutscht und habe mir mit

280 Grad heißem Fett die Hand verbrannt. Trotzdem mußte ich drei Stunden weiterarbeiten ohne das irgendwie zu versorgen oder zum Arzt gehen zu können.

**Vorwärts: Hast Du nicht versucht gegen diese schlimmen Verhältnisse was zu tun?**

**Roland:** Als erstes bin ich zur Gewerkschaft gegangen und habe mich mit dem Jugendsekretär oder so von der ANG getroffen. Ich habe ihm meine Arbeitszeitaufzeichnungen gegeben und gehofft, daß sich was ändern wird. Geändert hat sich aber nichts und von der Gewerkschaft habe ich auch nichts mehr gehört. Dann hat es mir gereicht und ich bin zum Chef gegangen und habe gekündigt. Nur die Arbeiterkammer hat mir dann geholfen, daß ich zumindest noch das aliquote Urlaubs- und Weihnachtsgeld bekommen habe – für die ganzen Überstunden habe ich nichts gekriegt.

**Vorwärts: Was machst du jetzt?**

**Roland:** Ich bin arbeitslos gemeldet und in einem AMS-Kurs. Der dauert von 8 bis 15 Uhr fünfmal die Woche sechzehn Wochen lang. Dort lernen wir hauptsächlich so Sachen wie Bewerbungsschreiben verfassen und so. Und das ist dann auch im Großen und Ganzen die Hauptaufgabe des Kurses und wir sind nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik.

Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion

# 10 Jahre danach - die Bil

Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ sind zehn Jahre vergangen. Eine „Ära von Frieden und Wohlstand“ wurde angekündigt. Die Hoffnungen und Erwartungen waren enorm - aber was wurde daraus? Wie hat die sogenannte „freie Marktwirtschaft“ das Leben der OsteuropäerInnen verändert? Nach zehn Jahren ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen...

Fabian Linzberger  
und Sonja Grusch  
SOV Wien

Als vor zehn Jahren Menschen in Deutschland, der ehemaligen DDR, Rumänien, später in Rußland, auf die Straße gingen, war keineswegs von Anfang an klar, wohin diese Entwicklung führen würde. Die wichtigsten Forderungen waren jene nach demokratischen Rechten, nach „demokratischem Sozialismus“. Der Wunsch nach Konsumgütern aus dem Westen war zwar da, aber nicht das einzige Anliegen der Bewegungen. Ein Transparent auf den „Montagsdemonstrationen“ in der DDR brachte die damalige Stimmung gut auf den Punkt: „Es geht nicht um die Bananen, es geht um die Wurst“.

## Wie kam es zum Stalinismus?

Im Gegensatz zur „offiziellen“ Geschichtsschreibung in Ost & West waren die osteuropäischen Staaten niemals (real)sozialistisch. Sie waren Übergangsgesellschaften zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Überwindung des Kapitalismus auf weltweiter Ebene begann 1917 mit der Oktoberrevolution in Rußland. Diese blieb allerdings fast



Das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet!

drei Jahrzehnte lang isoliert. Eine Zeit, in der die internationale ArbeiterInnenbewegung eine Niederlage nach der anderen hinnehmen mußte und die in der Sowjetunion selbst zu einer politischen Konterrevolution führten. Die politische Herrschaft der ArbeiterInnenklasse wurde durch die Diktatur einer allmächtigen Bürokratie ersetzt. Wir nennen diese Gesellschaften „stalinistische Staaten“, weil Stalin jene Person war, die führend als „Pate“ während dieses Entwicklungsprozesses fungierte. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde

das stalinistische System nach ganz Osteuropa „exportiert“.

## Warum fielen 1989 die Regime?

Die Charakterisierung als „Übergangsgesellschaften“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus bedeutet, daß sich diese Staaten in einem widersprüchlichen Zwischenstadium befanden. „Sozialistisch“ waren ihre Eigentumsformen - also Staatsgegenstum an Produktionsmitteln, kombiniert mit einer geplanten Wirtschaft. Demgegenüber stand eine Bürokratie an der Spitze dieser Gesellschaft die das enorme Entwicklungspotential der Planwirtschaft zunehmendlahmlegte. Planwirtschaft und Bürokratie sind nur für eine „Übergangsperiode“ zusammen existenzfähig:

Solange die Wirtschaftsstruktur nicht komplex ist, kann sich eine geplante Wirtschaft trotz der Diktatur einer Bürokratie entwickeln. Die Sowjetunion stieg so in wenigen Jahrzehnten vom „Dritten Weltland“ zur zweitstärksten Industriemacht der Erde auf. Doch eine weitverzweigte, moderne Planwirtschaft braucht echte Arbeiterdemokratie, um sich weiter zu entwickeln - oder sie erstickt. Umgekehrt verteidigt die Bürokratie die Planwirtschaft nur solange sie eine sichere Quelle ihrer Privilegien darstellt. Der sich abzeichnende ökonomische Bankrott der Sowjetunion zu Beginn der 80er Jahre läutete das Ende dieser Übergangsperiode ein. Historisch standen zwei Optionen offen: Entweder die Beseitigung der Bürokratie durch eine politische Revolution von unten, oder eine Konterrevolution und die Rückkehr zum Kapitalismus.

In den Bewegungen 1989-1991 waren beide Elemente vorhanden. Die Bewegungen begannen als politische Revolutionen gegen die Bürokratie und stürzten diese in wenigen Tagen. Sie waren aber nicht in der Lage, aus sich heraus eine politische Alternative zur kapitalistischen Konterrevolution zu entwickeln. Jahrzehntelange stalinistische Diktatur hatte nämlich gerade die wirklich sozialistischen Kräfte fast restlos beseitigt.

## Restaurierung des Kapitalismus

Die Konterrevolution setzte am zentralen Punkt - den Besitzverhältnissen an den Produktionsmitteln - an. Die Kombinate und Planungskommissionen wurden zerschlagen, die Wirtschaft privatisiert. Ein Prozeß, der keineswegs abgeschlossen ist. Es fehlt an Käufern und die bisherigen Erfahrungen sind so schlecht, daß die Regierungen aus Angst vor den sozialen Folgen davor zurücktrecken, die Wirtschaft gänzlich zu privatisieren.

Aber woher kommen die neuen Ka-

pitalisten? Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus entstand die neue „heimische“ Bourgeoisie in den „Reformstaaten“ aus jenen Teilen der alten Bürokratie, die inzwischen ihre Interessen am besten unter kapitalistischen Vorzeichen gewahrt sahen.

Die meisten heutigen Spitzopolitiker - egal ob aus Regierung oder Opposition - kommen aus dem ehemaligen stalinistischen Partei- und Staatsapparat. Ergänzt durch Glücksritter, Kriminelle und Spekulanten die sich in dieser stürmischen Phase enorm bereichert haben. Die neue Kapitalistenklasse in diesen Ländern hat von ihrer gesellschaftlichen Verankerung wenig gemein mit der historisch gewachsenen Bourgeoisie in den westlichen Ländern. Es herrscht ein „Gangsterkapitalismus“. Die strukturelle Schwäche dieser Volkswirtschaften drückt sich nicht zuletzt in einer schwachen herrschenden Klasse aus, die die Macht defacto dem westlichen Kapital überlassen muß.

## Der Westen, nicht uneigenzügig!

Ein neuer Marshallplan wurde Anfang der 90er Jahre für Osteuropa und Rußland angekündigt. Doch die Praxis sieht anders aus. Tatsächlich ging es den westlichen Investoren und deren politischen Interessensvertretern niemals um die Etablierung unabhängiger kapitalistischer Staaten. Ziel war es, neue Absatzmärkte für die Produkte, die im Westen nicht mehr absetzen waren, zu finden und gleichzeitig die Produktion von Waren für den westlichen Markt von billigeren und dennoch qualifizierten Arbeitskräften durchführen zu lassen. Zusätzlich ermöglichte diese Strategie ein Erpressen von Zugeständnissen von den westlichen ArbeiterInnen. Wir kennen das unter dem Titel „Standortlogik“. Werdet billiger, sonst müssen wir in den billigeren Osten gehen.

Die ausländischen Investitionen erfolgten in weit geringerem Ausmaß als angekündigt. Häufig werden Betriebe, die von ausländischen Konzernen aufgekauft werden gleich geschlossen - hier wird gekauft, um lästige Konkurrenten loszuwerden. Um rentabel zu produzieren muß gegeben Absatzmarkt vorhanden sein. Durch die Schließung von Produktionskapazitäten steigt die Arbeitslosigkeit und kommt es zu einer regulierten Deindustrialisierung. Schätzungen zufolge wurden zwischen 1990 und 1998 40% der Industrie vernichtet. Als „erfolgreich“ stellte sich nur der Rohstoffbereich heraus - womit die Abhängigkeit vom Weltmarkt steigt. Die Entwicklungen in und zwischen den verschiedenen Ländern sind insgesamt sehr unterschiedlich. In Staaten wie Tschechien oder Ungarn wurde wesentlich mehr investiert als z.B. in Kasachstan oder Moldawien. In Rußland beschränken sich die Investitionen v.a. auf die Großstädte wie Moskau (etwa 80% der Auslandsinvestitionen). In kleineren Orten werden mit der

Schließung des lokalen Betriebes mit einem Schlag fast alle Arbeitsplätze vernichtet. Wer Glück hat findet in der nächsten Großstadt arbeit. Wie z.B. die zehntausenden ArbeiterInnen der ehemaligen Stahl- und Minenbetriebe in der tschechischen Stadt Kladno, von denen heute der Großteil täglich nach Prag pendelt. Wenige haben soviel Glück: in Moldawien gibt es für Jugendliche

schaft und Demokratie“ und über die enormen Möglichkeiten, die sich nun eröffnen. Die Berichte über die zahlreichen, verzweifelten Arbeitskämpfe, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks etc. sind aber rar. Wie schon vor Jahren ArbeiterInnen in Ostdeutschland sind vor wenigen Wochen in Polen Krankenschwestern in den Hungerstreik getreten, um für höhere Löhne zu



Jelzin: Das Händeschütteln als Präsident hat sein Konto gefüllt

keine Aussicht auf einen Job. In Rußland sind 75 % aller Arbeitslosen Frauen - Tendenz steigend.

## Soziale Katastrophe

Die Menschen in Osteuropa und den GUS-Staaten sehen sich in den letzten zehn Jahren einer sozialen Katastrophe gegenüber. In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) - d.h. die Summe aller in einem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen - um mehr als 50% gefallen! Ein Drittel der Menschen in diesen Staaten lebt unter dem Existenzminimum von nicht einmal 300,- Schilling pro Monat. Selbst jene, die noch einen Job haben bekommen Einkommen die häufig unter dem Existenzminimum liegen - vorausgesetzt sie werden überhaupt bezahlt. Nicht nur Privatbetriebe, auch der staatliche Sektor ist oft monate- oder sogar jahrelang im Verzug mit der Auszahlung der Löhne und Gehälter. Und wenn „bezahlt“ wird bekommen die ArbeiterInnen manchmal kein Geld, sondern „Naturalien“ - in einem Reifenwerk z.B. Autoreifen die sie dann selbst verkaufen müssen um irgendwie an Geld zu kommen.

In Moldawien wurde im Zuge der Rußlandkrise der Handel eingebrochen, die Währung um über 200 % abgewertet - die Löhne blieben gleich. Staatliche Sozialleistungen werden nicht mehr ausbezahlt. Angesichts solcher Zustände ist es nicht verwunderlich, daß es Widerstand gibt. Widerstand allerdings, über den die Medien schweigen. Die westlichen Medien haben zwar gejubelt über den „Sturz des Kommunismus“, den „Sieg von Marktwirtschaft“.

Durch die vor einem Jahr begonnene Rußlandkrise hat sich die Situation noch verschärft. In Rußland wurden für die Bewältigung der Krisen mehr und mehr Kredite aus dem Ausland aufgenommen. Als dieser Schuldenberg zusammenbrach, war ein 66% Wertverlust des Rubel, innerhalb von nur drei Wochen die Folge. Auch in den anderen Staaten hat die Verschuldung gigantische Dimensionen angenommen. In der Ukraine wurde die Rückzahlung von Krediten mit kurzfristigeren Krediten finanziert. Diese sind bald fällig und werden die Schuldenkrise weiter verstärken. Schon jetzt werden beispielweise in Moldawien zwei Drittel des gesamten BIPs allein für Zinsen ausgegeben!

Eine Studie der EU hat untersucht, wie lange die Staaten in Osteuropa brauchen werden bis ihr Einkommensniveau 50 % des durchschnittlichen EU-Bürgers erreicht. Für die Tschechische Republik, die Musterschülerin, rechnen sie mit immerhin

# anz ist negativ!

28 Jahren, das Schlußlicht Rumäniens wird ihrer Schätzung nach 114 Jahre brauchen. Diese Prognosen gehen allerdings von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2-3 % pro Jahr aus. Werte, die angesichts der Auswirkungen der Rußlandkrise und der düsteren Perspektiven für die Weltwirtschaft insgesamt wohl ins Reich der Träume verwiesen werden müssen.

## Politische Instabilität

Die wirtschaftlichen Probleme und die große Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der kapitalistischen Restauration führen zu wachsender Unzufriedenheit und bilden die Basis für politische Instabilität.

In der herrschenden Klasse gibt es unterschiedliche Gruppen, die sich teilweise radikal bekämpfen. Die unterschiedlichen Positionen, die sie zu Fragen wie Privatisierung hatten und haben kommen nicht daher, daß die einen mehr als die anderen pro-kapitalistisch wären, sondern daß sie unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, wie der Übergang zu einer kapitalistischen Wirtschaft am besten (und für sie profitabelsten) durchgeführt werden könnte. Während für manche eine schnelle Privatisierung von Nutzen war, wäre für andere mit weniger Privatkapital oder schlechteren Verbindungen zum Westen ein langsameres Vorgehen besser gewesen.

Bei den Parlamentswahlen in Rußland stehen sich verschiedene pro-kapitalistische Gruppen gegenüber. Auf einer Seite die „Jelzin-Familie“ (zu der keineswegs nur Verwandte gehören), auf der anderen Seite der Moskauer Bürgermeister Luschkow und der ex-Premierminister Primakov, die jenen Teil der Kapitalisten vertreten, die die Dominanz der Jelzin-Familie brechen wollen, um selbst näher an die Futterträger zu kommen.

In ganz Osteuropa wechseln die Regierungen häufig und radikal. Die Konzepte der verschiedenen Parteien unterscheiden sich nicht fundamental. Sie alle orientieren sich an den Wünschen und Bedürfnissen des ausländischen Kapitals und an den Auflagen der ausländischen Kreditgeber wie IWF und Weltbank. Die Bevölkerung wechselt ihr Stimmenhalten bei Wahlen häufig in der Hoffnung, daß eine neue Regierung Verbesserungen bringen wird. Hoffnungen, die dann allerdings rasch enttäuscht werden.

In Tschechien z.B. wurde Klaus für seine rechte Unternehmerpolitik zugunsten der Sozialdemokratie abgewählt. Die Sozialdemokratische Regierung ist nun aber auf seine Unterstützung angewiesen, da sie keine absolute Mehrheit erreichen konnte. Auf diese Art und Weise kann sich die Regierung auf Klaus ausreden, dieser die Regierung unter Druck setzen und nach deren Scheitern gebenenfalls mit sauberen Händen zurückkehren.

In Ungarn, wo eine sozialdemokra-



Auch heute noch Alltag in Russland

tisch geführte Regierung an der Macht war, wurde ein extremer Sparkurs im Interesse der westlichen Investoren durchgesetzt. Auf Kosten der ArbeiterInnenklasse und deren Sympathie. Bei den Wahlen 1998 wurden sie von einer bürgerlichen Regierung abgelöst. Der Parlamentarismus pendelt irgendwo zwischen den rechten und den pseudo-linken Kräften hin und her. Denn auch die sozialdemokratischen und „komunistischen“ Parteien befinden sich auf dem Boden der Marktwirtschaft und führen, wo an der Macht, Sozialabbau und Privatisierung durch.

Die extremste Form der politischen Instabilität ist das Anwachsen nationalistischer Bewegungen, die in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion

Westen ermöglichte der ideologische Triumphzug des „Sieges des Kapitalismus über den Kommunismus“ ein wichtiges Druckmittel der Bourgeoisie auf die ArbeiterInnen. Eine große Perspektivlosigkeit und Verwirrung machte sich auf der Linken und in der ArbeiterInnenklasse breit. Darauf standen die ArbeiterInnen den Angriffen der Unternehmer auf die Errungenschaften der Vergangenheit machtlos gegenüber und die Gegenwehr beschränkte sich auf ein Minimum. Dieser politische Effekt war einer der wichtigsten Ergebnisse des Umbruches vor zehn Jahren.

Dieser Punkt war es auch gemeinsam mit den neuen Märkten, die sich durch die Restauration ergaben, der es ermöglichte, daß die Krise des



SOV-Camp 1999

aber auch im ehemaligen Jugoslawien zu Kriegen und Bürgerkriegen geführt haben. Der Hintergrund für den Bürgerkrieg in Dagestan, wo die russische Regierung gegen moslemische Rebellen Krieg führt, ist die Absicherung von Pipelines für den Abbau von Rohöl für den Westen.

## Sieg des Kapitalismus?

Das Ende der Systemkonkurrenz hat vor allem auf ideologischer Ebene einen Sieg des Kapitalismus bedeutet. Anfang der 90er Jahre war die ArbeiterInnenbewegung international geschwächt und vor allem ideologisch weit zurückgeworfen. Nicht nur im Osten, sondern auch im

globalen Kapitalismus, die sich mit immer mehr Zeichen für die nahe Zukunft ankündigte, noch einmal aufgeschoben wurde. Aufgeschoben, nicht aufgehoben. Zu den ungelösten Problemen der Weltwirtschaft kamen während der 90er Jahre noch jene des ehemaligen Ostblocks dazu.

Die „neue Weltordnung“ stellte sich bald als neue „Weltordnung“ heraus. Das Versagen des Kapitalismus wird immer offensichtlicher. Die Illusionen in den Kapitalismus sind nach einem Höhepunkt Anfang der 90er Jahre wieder zurückgegangen. Auch wenn vielen noch nicht klar ist, was die Alternative sein kann, so wird doch der Kapitalismus an sich immer kritischer gesehen.

## Buchkritik - Vadim Rogowin

### Geschichte anders

Die Geschichte der Sowjetunion ist untrennbar mit der des Kommunismus verbunden. Deshalb ist die Aufarbeitung des Stalinismus auch heute noch von großer Bedeutung. Vor allem vor dem Hintergrund des Traumas, das durch den Zusammenbruch des Ostblocks ausgelöst wurde. So stellen sich viele kritiklose UnterstützerInnen der Sowjetunion von einst heute hinter die These, daß die Ursache des Stalinismus im Wesen des Kommunismus liegen würde. Die Frage nach etwaigen Alternativen zur autoritären Entwicklung in der Sowjetunion bleibt dadurch aber unbeantwortet.

Von einer völlig anderen Seite nähert sich der russische Wissenschaftler Vadim Rogowin dem Thema. Ihm geht es weniger darum, neue „sensationelle“ Enthüllungen

über das Ausmaß der Verbrechen des Stalinismus zu präsentieren. Im Vordergrund seiner Bücher steht vielmehr, daß die Entwicklung der Sowjetunion unter der Herrschaft Stalins einen Bruch mit den kommunistischen Traditionen und Prinzipien darstellt. Historisch fundiert anhand von neuem erstmal zugänglichem Material, beschreibt Rogowin den Kampf Stalins gegen die alten Bolschewiki, der in den „Großen Terror“ und die „Schauprozesse“ mündete. Dabei entsteht ein klares Bild einer Alternative: die „Linke Opposition“ unter Trotzki (der späteren 4. Internationale).

*Vadim Rogowin: „1937-Jahr des Terrors“, ISBN 3-88634-071-6 und „Die Partei der Hingerichteten“, ISBN 3-88634-072-4, beide „Arbeiterpresse-Verlag“, Essen*

## SOV-Sommercamps in Tschechien

### 10 Jahre danach

Von 8.-14. 08. 99 trafen sich Mitglieder der Internationalen der SOV (Committee for a Worker's International/ CWI) in Kladno zu einem Camp mit dem Titel „10 Jahre danach“. Vertreten waren GenossInnen aus Rußland, Moldawien, Kasachstan, der Ukraine, Tschechien, Deutschland, Schweden und Österreich. Ziel war, über die Ereignisse von 89/91 und Perspektive für Osteuropa zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen. Neben informativen Podiumsdiskussionen über die Entwicklung der Weltwirtschaft oder die Linke Opposition in der Sowjetunion mit dem Assistenten von Prof. Rogowin (siehe oben) gab es Arbeitskreise zu historischen wie aktuellen Themen, in denen jedeR die Möglichkeit hatte, sich einzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Balkankonflikt.

Auch allgemeine Themen wie Rassismus, Faschismus und Nationalismus fanden ihren Platz. Hierzu gehörte auch ein Ausflug nach Lidice, einer Stadt, die während des 2.WK als abschreckendes Beispiel von den Nationalsozialisten überfallen und dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Dieses Sommercamps war nicht nur auf politischer sondern auch sozialer Ebene eine wichtige Erfahrung für mich. Besonders interessant war der Kontakt mit GenossInnen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Insgesamt hat es mir sehr gut gefallen und ich hoffe, bald auf ein ähnliches Camp wieder mitzufahren.

*Antonia Würnitzer*

## Linke in Osteuropa

### KP'n - für Kapitalismus

Im Westen wird so getan, als ob die kommunistischen Parteien im Osten wirkliche kommunistische ArbeiterInnenparteien wären. Offensichtlich sollen hier weiter die alten Feindbilder vermittelt werden, um z.B. die NATO-Osterweiterung und weitere Aufrüstung besser durchsetzen zu können. Wer das glaubt, täuscht sich aber gewaltig. Denn auch wenn sich einige dieser „komunistischen“ Parteien noch ein linkes Mäntelchen umhängen, stehen sie längst auf Seiten des Kapitals. Sie verteidigen weder die Planwirtschaft, noch bieten sie eine sozialistische Alternative zum Prozeß der kapitalistischen Restauration an.

Heute, 10 Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, kann man Bilanz ziehen. Vor allem aber, kann man sehen, wohin die kommunistischen Parteien gegangen sind. So gibt es im wesentlichen drei Wege. Der Weg zur „zweiten“ Sozialdemokratie à la PDS, der Weg in die Bedeutungslosigkeit wie die KP Tschechiens oder der Weg zu einer nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Partei (KP in Rußland).

Die PDS befindet sich auf lokaler und Länderebene in Ostdeutschland bereits in zahlreichen Regierungsbündnissen, die Sparpolitik und Sozialabbau durchsetzen. Die KP Tschechiens ist kontinuierlich im Parlament vertreten, war aber in der Vergangenheit weder bereit, noch in der Lage an die Bewegungen im Jugendbereich oder im öffentlichen Dienst anzuknüpfen, bzw. auch diesen nur eine parlamentarische Plattform zu geben. Die russische KP hält zwar rote Fahnen und Traditionssymbole der UdSSR bei Aufmärschen hoch, geht aber in Provinzen, wo sie die Macht hat, selbst gegen ArbeiterInnen und soziale Bewegungen vor. So war sie dafür verantwortlich, daß in Yasnogorsk ein ArbeiterInnenaufstand von der Exekutive niedergeschlagen wurde. Rassismus prägt ebenfalls ihre Politik: Sie tritt für die Deportation aller in Rußland lebenden Tschetschenen ein. Die russische Schwesterorganisation der SOV hat sich deshalb das Ziel gesetzt eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei aufzubauen.

*Irene Müller*

**Kindesmißbrauch**

## Familie Macht Mißbrauch

Noch nie wurden so viele Fälle von Kindesmißbrauch und Kinderpornographie angezeigt wie heuer. Das nutzt die Partei, die mit nackten Babyhintern um WÄHLER(?) stimmen wirbt, zu einer Kampagne für gnadenloses Law and Order. Die versammelte Moralelite röhrt die Trommeln für das Allheilmittel gegen das Böse im Menschen: Die heilige Familie.

Harald Mahrer  
SOV Wien-Nord

Wo es Mißbrauch gibt, unterstellt die Sprache, ist ein „richtiger“ Gebrauch möglich. Hinter dem harmlosen Wörterchen Mißbrauch verbirgt sich allerdings nichts anderes als nackte Gewalt an Wehrlosen. Das ist nicht bloß ein „mißbräuchlicher Gebrauch“ von Kindern, sondern die Fortschreibung gesellschaftlich anerkannter Machtverhältnisse mit gesellschaftlich nicht anerkannten Mitteln, also Machtmißbrauch oder deutlicher: Unerwünschter Gebrauch erwünschter Macht.

### Die heilige Familie

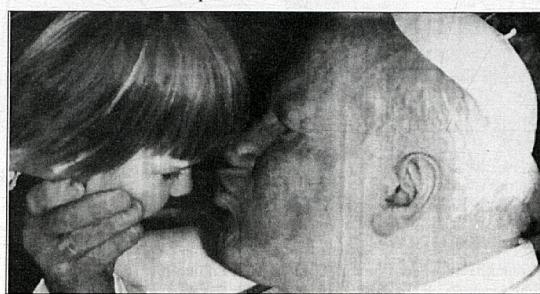
Die Moralapostel, die gegen „Kindesmißbrauch“ wettern, fordern oftmals gleichzeitig eine Stärkung der Familien, weil's den Kindern nur in ihrer Familie gut gehen kann. Tatsache ist aber, daß Familien aus Menschen bestehen, die gewalttätig oder liebvolle sein können. Gott sorgt angeblich dafür, daß in Familien nur gute Menschen am Werk sind. Blöd für die „TheoretikerInnen der konsequenten Realitätsverschleierung“ ist nur: Gott gibt's nicht, und daher funktioniert die Theorie von der heiligen Familie nicht.

Das Konzept von Familie gibt Hierarchien vor: Mann – lang nix – Frau – lang nix – Kinder. In der bürgerlichen Sichtweise ist Gewalt an Frauen und Kindern Mißbrauch. Mißbrauch wovon? Von Frau und Kind? Oder von der Macht über Frau und Kind? Beides!

### Wer ist der Herr? Wes Herr ist der Herr?

Der „richtige“ Gebrauch der Macht wäre, die Frau dazu zu brin-

gen, unentgeltlich die Versorgungsarbeit zu leisten, die der Kapitalismus zu bezahlen nicht willens ist. Die Kinder sollen sich „ordentlich“ in die Gesellschaft einfügen. Wer Machtverhältnisse reproduzieren will, muß sie auch vorexerzieren. Die herrschende Klasse kann ihre Macht aber nur bis in die untersten Ebenen der Gesellschaft ausdehnen und sie eben auch dort reproduzie-



Auch dieses Kind muß „Nein!“ sagen können

ren, wenn sie dazu willige Diener hat. Die Bereitschaft von Männern, diese Rolle des Büttels der Herrschenden zu übernehmen, wird durch einen besonderen Anreiz erhöht: Das Verfügungsrecht über Frau und Kind. Oder warum verletzt eine Frau ihre Ehepflicht, wenn sie Hausarbeit (bis vor kurzem auch Beischlag) verweigert? Ist schon ein Mann wegen des selben Delikts schuldig geschieden worden?

Der „richtige“ Gebrauch von Frau und Kind“ ist, sich bei ihnen einen Ort der Entspannung und Erholung von der Arbeit (die für den Kapitalisten auch nötig ist) zu schaffen, um am nächsten Tag wieder brav arbeiten zu können. Das kann Sex, gutes Essen oder Sport mit den Kindern bedeuten, es geht aber auf jeden Fall primär von den Bedürfnissen des Mannes aus.

### Doppelte Moral bringt keine Lösung

Setzt der Mann die ihm anvertrauten Rechte mit Gewalt durch, ist das Mißbrauch. Der Mann darf zwar Frau und Kind im Rahmen der Familie „gebrauchen“ nicht aber „mißbrauchen“, das heißt mit unerlaubten Mitteln oder zu unerwünschten Zwecken gebrauchen. Doppelte Moral hält eben besser.

Ein Kampf gegen „Mißbrauch“ muß also den Kampf gegen den „ordnungsgemäß Gebrauch“ miteinschließen, sonst verharret er bei simpler Symptombekämpfung, die nichts desto trotz im Interesse der

gequälten Kinder und Frauen möglichst effizient gestaltet werden muß.

Die Bürgerlichen haben wenig zu bieten, außer Gottes gerechter Strafe plus ein paar Monate irdischen Gefängnisses. Von in der Hölle schmorenden Gewaltvätern haben gequälte Kinder und Frauen aber nicht besonders viel.

Eine wirkliche Lösung bedürfte anderer ökonomischer Strukturen (finanzielle Unabhängigkeit der Frau und auch der Kinder) genauso wie ein anderes Umfeld, in dem sich die Menschen bewegen, erzogen werden, sich entwickeln. Letztlich bedarf es einer anderen Gesellschaft, die diese Hierarchien nicht mehr braucht, und daher den Weg frei machen kann zu echter Gleichberechtigung.

kleinen Überraschung auf: Die Prinzessin darf schwerwiegende Entscheidungen treffen und mit einer Waffe kämpfen! Sie kann das sehr gut und es wird ihr auch nie gesagt, was sie zu tun hat. Eine Neuerung bei Lucas. Von den Dia-



Männlichkeitsskult - gut vermarktet

logen soll man/frau nicht zu viel erwarten - diese dürfte der Computer geschrieben haben.

Das Ende des Films ist ein klassisches: Im nächsten Teil erfährst du mehr... Es wird dazu führen, daß Episode 2 wahrscheinlich noch mehr Geld erwirtschaftet, weil ihn noch mehr Menschen sehen wollen. Drum möge die Macht mit Euch sein!

**Star Wars**

## Krieg der Märkte

Georg Lucas hat es wieder einmal geschafft, seine Kassen ohne Ende klingeln zu lassen. Zwei Stunden lang gute Special Effects und wenig Handlung in Episode 1 schaffen es, die Massen ins Kino zu locken.

Nicole Huy-Prech  
SOV Wien-West

Merchandising zur richtigen Zeit führt nicht nur dazu, daß Kinder mit Star Wars-Figuren Krieg spielen, sondern daß wir schon Monate vor dem Start überzeugt sind, den Film sehen zu müssen. Die richtige Ausstattung zum Film läßt sich fast überall kriegen und was ein richtiger Fan ist, kauft sich deshalb Special Edition Handys, T-Shirts, Becher und ähnliches. Für jede Altersgruppe hat Georg Lucas eine Figur kreiert und kurbelt so die Verkaufszahlen weiter an.

Die Erwartungen der Zuschauer bezüglich Action und guten Effekten werden erfüllt, außerdem erfährt man/frau auch noch, daß böse Diktatoren nur mit kapitalistischer Wirtschaftspolitik zu besiegen sind.

Biblische Themen, wie die jungfräuliche Empfängnis Anakin Skywalker, werden genauso behandelt wie die Frage, ob Gene oder Erziehung eine Person ausmachen. Da Jedi-Ritter schon als solche auf die Welt kommen, haben normal Sterbliche keine Chance jemals Planeten zu retten.

Trotzdem wartet Lucas mit einer

**MARXISMUS**



**MARXISMUS**  
Zeitschrift für marxistische Theorie  
Herausgeber: Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)

### Dimitrije Tucovic:

## Serbien und Albanien

Nr. 15, August 1999, 100 Seiten A5, Hochglanz  
80 ATS / 12 DM / 6 Euro; ISBN 3-901831-11-8

Der historische Führer der serbischen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg über: ➔ das Verhältnis zwischen dem serbischen und dem albanischen Volk, ➔ die „Unterdrückungspolitik der serbischen Bourgeoisie“, ➔ die Interessen des Imperialismus in der Region und ➔ die Antwort des proletarischen Internationalismus. Eine Erstveröffentlichung in deutscher Sprache mit einer Einleitung zur revolutionären Tradition der serbischen ArbeiterInnenbewegung. Zu bestellen über:

AGM, Postfach 562, A-1151 Wien; oder: agm@xpoinat.at

### Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

#### Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Wir sind aktiv gegen Sozialabbau und die rechte Scheinopposition der FPÖ. Die SOV tritt für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein - für Sozialismus! Die SOV ist gemeinsam mit Organisationen in über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale organisiert.

- Die SOV interessiert mich; ich möchte:
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der SOV werden

#### VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international
- Jeden Monat neu:  
Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!
- Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:
  - ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
  - ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
  - Gewerkschaftszeitung "Die Einheit" (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
  - ... Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



7.9.

„Stronach, go home!“

Ortsgruppe Wien-West

21.9.

„Nein zum Nachzipf: Wie würde eine bessere Schule aussehen?“

Ortsgruppe Wien-Süd

22.9.

„Lugner und DU: lächerlich!“

Ortsgruppe Wien-Mitte

24.9.

„Schwarz-Blau: Gefahr vor der Tür?“

Ortsgruppe Wien-Nord

27.9.

„Frauen im Wahlkampf '99“

- Heiß umworben, schnell vergessen?“

FrauenStammstisch

## Termine



**Neues aus dem  
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

### Nigeria

#### Land im Aufruhr

Trotz neuem Präsidenten herrscht in Nigeria weder sozialer noch politischer Frieden. Nach der Ermordung von oppositionellen Studentinnen in Ile-Ife im Juli folgt nun ein Schlag gegen das Bildungswesen. Es ist geplant, die Studiengebühren von 90 auf 12.000 Naira (um das 133fache!) zu erhöhen. Die Nationale Vereinigung der Nigerianischen StudentInnen (NANS) weist diese Pläne zurück und hat an die Regierung ein 30-Tage-Ultimatum gestellt. Der NANS-Vorsitzende Moses Olisakede, auch Mitglied der SOV-Schwesterorganisation DSM, beschreibt die Pläne als Versuch, den Zugang zur Bildung auf die herrschende Klasse zu beschränken. Gefordert wird stattdessen eine Studienbeihilfe für alle Studierenden und demokratische Rechte.

DSM-Mitglied Lanre Arogundade, Vorsitzender der JournalistInnengewerkschaft, war ebenfalls Ziel staatlicher Repression. Er wurde verhaftet und unter Mordanklage gestellt – um ihn Mundtot zu machen. Die internationale Solidaritätskampagne hat Wirkung gezeigt: Die Anklage (auf die die Todesstrafe gestanden wäre) mußte zurückgenommen werden! Das zeigt, daß internationale Solidarität eine wichtige Waffe ist!

### Spanien/Belgien

#### Vertrag erzwungen!

Die spanischen SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft leben und arbeiten ohne Rechte, die Gewerkschaft CCOO schweigt! Die spanischen CWI-Mitglieder organisierten gemeinsam mit jenen in Belgien (wo die SaisonarbeiterInnen u.a. arbeiten) eine Kampagne für bessere Löhne, Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mit Erfolg: Es gibt nun Arbeitsverträge und eine beginnende gewerkschaftliche Organisierung.

### Deutschland

#### Sieg gegen Polizei

In Kassel wurde bisher gegen SprayerInnen mit Hilfe der „Bundesgrenzschutzgruppe (BGS) Graffiti“ vorgegangen. Es wurde observiert, gefilmt, durchsucht, beschlagnahmt und verhaftet. Die Kasseler Stadtorganisation des CWI (SAV) startete eine Gegenkampagne – mittels Flugblatt, Unterschriftenliste, Presseaussendung und Demonstration. Gerade als überlegt wurde, wie die über 1000 Unterschriften öffentlichkeitswirksam übergeben werden könnten, wurde bekannt, daß „die BGS EG-Graffiti in Kassel aufgrund der öffentlichen Angriffe aufgelöst ist“. Wir gratulieren!

### Kurdistan/Türkei

## Durchs brave Kurdistan

Als „Wendepunkt in der Geschichte der kurdischen und türkischen Völker“ bezeichnet der Führungsrat der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) den Aufruf Abdullah Öcalans. Ab 1. September wird der bewaffnete Kampf eingestellt. In einer Erklärung, die Anfang August an die Medien ging, erklärte der militärische Arm der PKK (ARGK), Öcalans Aufgabe werde als Befehl betrachtet.

**Nicole Hofmann u. Pia Abel**  
SOV Wien-Süd

Die offiziell verlautbarten Erwartungen in diese einseitige Aufgabe des Kampfes sind ebenso hochgesteckt wie unrealistisch: „Dieser Schritt ist die effektivste Vorgehensweise, um die verhinderte Demokratisierung der Türkei und die Verschlossenheit gegenüber der kurdischen Frage zu überwinden. Dieser Schritt wird alle Interessen und die Zukunft des kurdischen Volkes vertreten, allen Feindseligkeiten ein Ende setzen sowie den Frieden und die Brüderlichkeit entwickeln.“

„Waffen niederlegen...“

Ohne zu zögern haben die PKK-Gremien Öcalans Aufruf zugesagt. Sicherlich kann man sich die Frage stellen, ob es die Inhaftierung Öcalans war, die innerhalb der PKK zu dieser recht dynamischen Einsichtsfähigkeit in die neuen Beschlüsse geführt hat. Doch letztlich wird hier von Öcalan und der PKK-Kampf etwas umgesetzt, was das US-State-Department und das deutsche Außenministerium der PKK

immer wieder direkt und indirekt mitgeteilt haben: Waffen niedergegen, sich in zivile Strukturen auflösen – dann sei der Westen in der Lage etwas für die Menschenrechte in Kurdistan zu tun.

Dieser Auforderung hat die PKK lange widerstanden, weil sie nicht daran geglaubt hat. Und weil sie eine gewisse Kontrolle über die Ausgestaltung eines möglichen Friedensprozesses behalten wollte. Jetzt erfüllt die PKK alle Forderungen des Westens – ohne daß ein Friedensprozeß überhaupt eingeleitet wurde, oder ein Dialog stattfände.

**Keine Zugeständnisse Ankara**

Von Ankara erwartet sich die PKK eine „vernünftige, verantwortungsvolle und respektvolle Haltung“ (sic). Der türkische Ministerpräsident Ecevit hat erklärt, über einen Rückzugsplan werde mit der PKK nicht verhandelt, allerdings „wären alle zufrieden, wenn der Terrorismus ein Ende finde“. Die Regierung ist unter keinen Umständen bereit mit Vertretern der PKK zu sprechen. Ankara will die PKK weiterhin als separatistische, staatsfeindliche, terroristische Organisation verfolgen.

Die seit 1984 kämpfende PKK war die einzige Organisation, die als Antwort auf die KurdenInnenfrage auf sozialistische Rethorik gesetzt hat, und sich bei ihrem Kampf auf eine Massenbasis stützen konnte.

Doch ist das Verständnis als „ArbeiterInnenpartei“ seit 1978 immer weiter hinter nationale Bestrebungen zurückgestellt worden. Im PKK-nahen „Kurdistan Report“ (Nr. 80/1996) heißt es: „Der kurdische Bauer, der früher noch dem Großgrundbesitzer ängstlich ausgewichen ist, kämpft im Zuge des nationalen Befreiungskampfes mit ihm gemeinsam und gleichberechtigt.“ Die seit 15 Jahren praktizierte Guerrillataktik und der individuelle Terror haben sich zur Erreichung der Ziele als untaugliche Mittel erwiesen. Doch die jetzige Anbiederung an den Westen ist blanke Zynismus gegenüber jenen PKK-KämpferInnen, die im NATO-Staat

Türkei im Gefängnis sitzen.

Die PKK setzt voll auf die Worte eines Joschka Fischers und anderer westlicher Politiker und hofft auf die Einsicht des türkischen Establishments. Dab diese Rechnung aufgeht, ist unmöglich. Wer daran glaubt, muß die anhaltende und vom Westen gebilligte Repression gegen die kurdische Bevölkerung aus seiner Bratrachtung ausklammern.

Die einzige wirkliche Lösung der Kurdenfrage ist eine langfristige, nämlich die kurdische Bewegung in



War alles umsonst?

eine revolutionäre Entwicklung der gesamten Region einzubetten. Speziell nach dem Erdbeben hat sich die soziale Lage der ArbeiterInnen in größten Industriegebieten der Türkei extrem verschlechtert. Gegen die zu befürchtenden Repressionen des türkischen Staates – Ausnahmestand unter dem Vorwand der „nationalen Sicherheit“ – wird sich Widerstand regen.

Hier könnte der Schlüssel zu einer Annäherung zwischen kurdischer und türkischer ArbeiterInnenchaft und der Beginn einer wirklichen Lösung des Kurdenkonfliktes liegen. Das dies heute nicht gerade ein Kinderspiel scheint, macht eine Alternative im Rahmen der westlichen Hegemonialpolitik nicht realistischer.

### Indien/Pakistan/Kaschmir

## Eine unendliche Geschichte

Jedes Frühjahr beziehen Indiens und Pakistans Armeen ihre Posten entlang der „Waffenstillstandslinie“ in Kaschmir. Schießereien sind Alltag, an der Grenzstraße genauso wie in den Dörfern. In den letzten 10 Jahren „Waffenstillstand“ gab es mehr Tote, als in den drei „regulären“ indisch-pakistanischen Kriegen zusammen.

**Lisa Dumhs**  
SOV Wien-Mitte

Im Mai kam es zu den schweren Kämpfen seit rund 30 Jahren zwischen Indien und Pakistan. Der Rest der Welt würde sich gerne aus diesem „Nachbarschaftskonflikt“ heraushalten, leider besitzen die beiden Länder seit einiger Zeit nukleare Waffen. Im August wird der Waffenstillstand wiederhergestellt, Lösung ist das allerdings keine. Vor allem, weil in Indien in Kürze Wahlen stattfinden. Pakistanisch-kashmirische Milizen haben schwere Drohungen gegen alle Kaschmiri ausgesprochen, die sich an diesen Wahlen beteiligen – es gibt bereits Tote.

**50 Jahre, keine Lösung in Sicht**

Mit der Unabhängigkeit wird Britisch-Indien aufgeteilt. Die Kolonialherren versuchen getreu dem Prinzip „teile und herrsche“ entlang religiöser Linien zu spalten, Linien, die geographisch natürlich kaum zu ziehen sind. Bei der blutigen Teilung in Indien und Pakistan kamen 1 Mio Menschen ums Leben, 17 Mio fliehen in den jeweils anderen Staat.

Über den Grenzstaat Kaschmir bricht offener Krieg aus: Der Mahadrascha Kaschmirs, ein Hindu, schließt sich Indien an, Pakistan erhält Anspruch auf das mehrheitlich muslimisch bewohnte Gebiet.

Vorläufiges Endergebnis 1949: Ein Pakistan, das sich als Heimat aller Muslime versteht, ein Indien, mehr Kontinent als Staat, in dem nationaler Stolz die Rolle des Bindeglieds spielt. Kaschmir ist geteilt, Indien ist zufrieden, möchte die Waffenstillstandslinie als Grenze etablieren. Pakistan beansprucht Kaschmir, verlangt zumindest die Durchführung eines Referendums, einer Wahl zwischen Indien und Pakistan.

**Soziale Katastrophe**

Die Herrschenden beider Länder haben allen Grund, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf den Feind außerhalb zu lenken. Die Lebensbedingungen sind katastrophal. In den beiden Ländern leben 370 Millionen Menschen in absoluter Armut, von weniger als 1 US\$ pro Tag. Allein in Indien können sich 200 Mio keine 2 Mahlzeiten am Tag leisten. Natürlich verschärft die massive Aufrüstung

für den Konflikt die Lage. Von 1990-96 haben die beiden Staaten zusammen 70 Mrd US\$ für Rüstung, aber nur 12 Mrd für Bildung ausgegeben. 200 Mio haben keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung, es gibt sechs mal soviel Soldaten wie ÄrztlInnen.

In Indien regiert eine 18-Parteien-Koalition unter der Führung der hinduistischen BJP. Ein Wegbruch Kaschmirs würde Autonomiebestrebungen anderer Teilstaaten verschärfen. Die Machthaber in Pakistan haben fundamentalistische Bestrebungen immer gefördert, schließlich definiert sich der Staat über den Islam, Kaschmir gilt als „Heiliger Krieg“. Ohne Unterstützung der religiösen Gruppen gibt es keine Regierung.

**Kein lachender Dritter**

Die soziale Situation in Kaschmir ist noch schlimmer. Analphabetismus bis zu 86% (Frauen 96%), eine N ÄrztIn für 6.000 Menschen, 40% absolute Armut. Beide Teile werden von den jeweiligen Besatzern unterdrückt, lokale Regierungen sind Marionetten, nicht-regime-treue Parteien von den Wahlen ausgeschlossen, politische Aktivität für sie verboten. Der bewaffnete Aufstand begann vor 10 Jahren. Anfangs ist die Jammu und Kashmir Liberation Front führend, sie steht für ein unabhängiges, geeintes Kaschmir.



Geld für Waffen ist da...

Später übernehmen (pro-)pakistani-sche Milizen, die aber deutlich weniger Unterstützung in der Bevölke- rung haben, die treibende Rolle.

Der Großteil der Kaschmiri selbst will Unabhängigkeit von Indien und Pakistan. In ganz Südasien kämpfen ArbeiterInnen gegen soziale Mißstände und Aufrüstung. Die Mitglieder des CWI in Indien und Pakistan treten gemeinsam mit der revolutionären National Amawi Party in Kaschmir für das Recht auf Selbstbestimmung ein. Aber nur auf der Basis der gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnen können wir die Trennlinien der Herrschenden, Nationalismus, Rassismus und Fundamentalismus, überwinden und ein Konflikt wie der um Kaschmir wirk-lich gelöst werden.

September 1999

Solidaritätspreis: öS 20.-

Die linke Zeitung

öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

Nummer 96



# Nachzipf Nein Danke!

**Am 6./7. und 13./14. September werden allein im AHS Bereich mehr als 40.000 (!) SchülerInnen um ihren Aufstieg in die nächsthöhere Klasse bangen. Ein großer Teil von ihnen wird ein zusätzliches Jahr in der Schule verbringen oder die Schul „karriere“ an den Nagel hängen müssen. In den letzten 3 Jahren sind von den zur Nachprüfung angetretenen SchülerInnen jedes Jahr zwischen 11.000 und 15.000 durchgefallen.**

Paul-Reza Klein  
SOV Wien-Nord

Die SchülerInnen können allerdings nichts dafür. Das Problem ist das (österreichische) Schulsystem und nicht die zu „faulen“ oder zu „dummen“ SchülerInnen. Dieses System hat seit Jahrzehnten keine Schulreform mehr erlebt und der Staat setzt zunehmend auf Elite statt Massenbildung. Der Grund? Erstens stellen SchülerInnen kein Wählerpotential dar, höchstens ein Zukünftiges, und zweitens ist die Schule ein Instrument, um brave, angepasste BürgerInnen zu erzeugen.

## Wissen statt leerem Stoff

Gründe für einen Nachzipf sind u.a. ein zu großer und veralteter Stoffumfang, zu viele Fächer... Die mangelnde Motivation der SchülerInnen ist kein Wunder: Die Klassen sind mit bis zu 36 SchülerInnen viel zu überfüllt, als daß sich LehrerInnen mit den SchülerInnen ernsthaft befassen, oder um Projektunterricht betreiben zu könnten. Die Möglichkeiten, sich selbst in das Fach einzuarbeiten und sich mit dem Gegenstand zu befassen, sind zu gering, da eine auf die/den einzelneN speziell zuge-



**Wir wehren uns: Gegen schlechte Ausbildung und Willkür!**

schnittene Betreuung in diesem System unmöglich ist und es immer noch mehr darum geht, Stoff auswendig zu lernen als darum, Zusammenhänge zu erfassen. Aber nicht einmal für das Lernen des Stoffes „funktioniert“ das System - sonst müßten nicht jedes Jahr Millionen von Nachhilfe ausgegeben werden.

Dazu kommt noch die relativ schlechte Ausbildung der LehrerInnen im pädagogischen Bereich. Der Zweck eines solchen Systems ist es,

bringen. Also genau so wie ein/e perfeKteR BürgerIn sein soll.

## Bildung raus aus Unternehmerhand

Um dem ganzen noch die Krone aufzusetzen, ist die Bildung durch Schulautonomie und dem damit verbundenem Schulspending in den letzten Jahren immer mehr in die Hände der Wirtschaft gespielt worden, was an manchen Schulen dazu

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbe-

**was  
wir  
wollen**

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
  - ◆ Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
  - ◆ Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
  - ◆ Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechts-extrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitneh-

geführt hat, daß sie mehr oder weniger von einem Unternehmen finanziell abhängig sind. Das schlägt sich auch im Lehrstoff nieder - Fachdidaktiken statt Kreativität, Befehlsemplänen statt eigenständigem Arbeiten - das will die Wirtschaft.

## Was ist gute Bildung?

Der Staat ist zwar stolz auf die durchschnittlich gute Allgemeinbildung der Bevölkerung, aber diese besteht bei vielen nur aus jahrelang in der Schulzeit auswendig gelernten Floskeln und hat nichts mit praktisch anwendbarem Wissen zu tun. Gerade bei den Schulveranstaltungen, die Kreativität und soziales Handeln fördern, wird gespart. Man muß den SchülerInnen wieder eine Perspektive geben, mit Freude, Spaß und Interesse etwas zu lernen, das praxisbezogen ist und mit dem man im Leben auch wirklich etwas Anfangen kann.

Die SchülerInnenAktionsPlattform nimmt den Satz „nicht für die Schule lernen wir sondern für Leben“ ernst. Fachwissen ist wichtig, aber mindestens genauso wichtig ist es zu lernen, sich zu organisieren, gemeinsam zu arbeiten und zu lernen, kritisch zu denken und wenn nötig Widerstand zu organisieren. Also: Schau vorbei, diskutier mit uns und plan Aktionen an deiner Schule:

**SchülerInnenAktionsPlattform**  
jeden Freitag, 19.00  
„Flughafensozialdienst“  
6., Ecke Eggerthg. / Dürerg.

## Stoppt Sexismus

**Benachteiligungen und Diskriminierungen von Mädchen zählen in Schulen zum Alltag.**

Conny Bruckner  
SOV Wien-Nord

Werbeplakate mit halbnackten Frauen (z.B.: Bipा) stehen am Programm. Unsere grundsätzliche Ablehnung des Sponsoring bestätigt sich gerade wenn auch schon die Kleinsten auf Schönheitsideale gedrillt werden sollen! Auch dauernde Anspielungen von LehrerInnen muss man sich gefallen lassen. Oder auch nicht! Am besten wäre es sich bei jeder kleinsten Benachteiligung zu wehren und auch als Außenstehende/r zu reagieren. Die Sache hat aber auch einen Haken! Vor allem trauen sich viele Mädchen wegen der Abhängigkeit von der Lehrkraft (Noten,...) nichts zu sagen.

Breite Aufklärungskampagnen könnten Abhilfe schaffen! Das alles sind mit Gründe warum wir in den letzten zwei Schulmonaten wöchentlich in unserer SAP-Gruppe frauenspezifische Themen behandelt haben. Weiters ist im Herbst am Beispiel der Rahlgasse eine Anti-Sexismus-Kampagne geplant

Die JRE/SAP hat es sich zur Aufgabe gemacht mit Hilfe des Projektes in der Rahlgasse etwas zu Ändern und ein Beispiel für Betroffene an anderen Schulen zu setzen.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeitnehmerInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeitnehmerInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.